

# sozialdemokratischer SPD pressediens

P/XXVII/20

29. Januar 1973

Voraussetzung für ein wirkungsvolles Presse-  
recht

---

An der vollen Gesetzgebungskompetenz geht  
kein Weg vorbei

Von Heinz Ruhnau  
Senator für Inneres der Freien und Hansestadt  
Hamburg und Vorsitzender der Massenmedienkom-  
mission beim SPD-Vorstand

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Dokumentation eines schmutzigen Kampfes

---

SPD legt Beweise für den "Wahlkampf" der Union  
vor

Seite 3 und 4 / 57 Zeilen

Nur Schlagworte von gestern

---

Zur Haltung der Opposition in der Wehrdebatte

Von Werner Buchstaller MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses

Seite 5 und 6 / 69 Zeilen

Zur Debatte gestellt: Arzneimittel!

---

Bericht zur Situation in der Bundesrepublik

Von Dr. med. Eberhard Greiser  
Mitglied des Bezirksvorstandes Hannover der  
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte  
und wissenschaftlicher Assistent am Department  
für Biometrie und medizinische Informatik der  
Medizinischen Hochschule Hannover

Seite 7 und 8 / 91 Zeilen

Voraussetzung für ein wirkungsvolles Presserecht

An der vollen Gesetzgebungskompetenz geht kein Weg vorbei

Von Heinz Ruhnau

Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg und  
Vorsitzender der Massenmedienkommission beim SPD-Parteivorstand

Das Jahr 1973 hat für die Medienpolitik unseres Landes gut angefangen. Die Nachricht aus Bayern über die Einigung im Rundfunkverfassungsstreit ist ein gutes Zeichen. Wenn die neue Ergänzung der Verfassung in einer Volksabstimmung die Zustimmung findet, und daran ist wohl nicht zu zweifeln, dann wird dies die erste Landesverfassung in der Bundesrepublik Deutschland sein, die das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem verfassungsrechtlich sichert. Dies wird eine positive Auswirkung auf die Zukunft des öffentlich finanzierten und öffentlich kontrollierten Rundfunkswesens haben. Die Diskussion darüber, wie man bei neuen elektronischen Medien das öffentlich-rechtliche System erhalten kann, bekommt somit neues Gewicht und auch neue Hoffnungen. Eine entsprechende Ergänzung des Grundgesetzes muß angestrebt werden.

Der Bundestag beginnt nun nach der Diskussion über die Regierungserklärung mit seiner praktischen Ailingsarbeit. Was die Massenmedien angeht, so hat der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung die Richtung angedeutet. Ein großes Gesetzgebungsunternehmen mit Vorrang wird ein Presserechtsrahmengesetz sein. Dabei kommt es im wesentlichen auf folgende Punkte an:

Die journalistische Unabhängigkeit muß vor allem durch klare Kompetenzabgrenzungen zwischen Verlag und Redaktion und spezifische Mitbestimmungsrechte der Journalisten gewährleistet werden. Zusätzlich müssen Sorgfaltspflicht und Geheimhaltung der Journalisten geregelt werden. Durch gesetzliche Maßnahmen - Presserechtsrahmengesetz und Wettbewerbsrecht - muß das Recht der Bürger auf eine möglichst umfassende Information, die auch

die Vermittlung vielfältiger Meinungen einschließt, gesichert werden. Außerdem muß das Presserechtsrahmengesetz eine Beschwerdeinstanz insbesondere zur Behandlung von Verstößen gegen die Sorgfaltspflicht und das Gebot möglichst umfassender und ausgewogener Informierung des Lesers vorsehen. Die Beschwerdeinstanz muß das Recht haben, entsprechende Stellungnahmen in dem betroffenen Presseorgan zu veröffentlichen. Die Besitz- und Beteiligungsverhältnisse der Verlage und der Verlagsobjekte und ihre Auflagenhöhe sowie die publizierte Grundhaltung der Presseerzeugnisse müssen einer Veröffentlichungspflicht unterworfen werden. Das Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten und Verleger und das Beschläagnahme-, Sicherstellungs- und Durchsuchungsrecht sind in den Prozeßordnungen zur allgemeinen Gewährleistung der Informations- und Meinungsfreiheit neu zu ordnen.

Auf ein Problem aber werden die Bundestagsabgeordneten sehr bald stoßen. Das neue Gesetz wird nur ein Rahmengesetz. Das heißt, es wird durch elf Ländergesetze ausgefüllt werden müssen. Wie wird das aber wohl aussehen? Kann dies unter Umständen dazu führen, daß ein Verlag, der der Mitbestimmung der Redakteure entgehen will, seinen Sitz von einem Bundesland in ein anderes verlegt? Ist es vielleicht auf diese Weise möglich, einer vorgeschriebenen Art von Offenlegungspflicht zu entgehen? Diese und ähnliche Fragen werden sich die Abgeordneten vorlegen, und sie werden sich außerdem fragen müssen, ob man wirklich in der Bundesrepublik Deutschland die gesetzliche Grundlage für das Pressewesen, in dem doch der Anspruch des Bürgers auf Information und Meinungsvielfalt verankert werden soll, in elf unterschiedlichen Formen haben kann. Meine Überzeugung ist, wer ein wirkungsvolles Presse-recht will, der kommt an der vollen Gesetzgebungskompetenz nicht vorbei.

(-/29.1.1973/bgy/ex)

+ + +

Dokumentation eines schmutzigen Kampfes

SPD legt Beweise für den "Wahlkampf" der Union vor

Während die SPD und ihre Wählerinitiativen 13,06 Millionen DM für zentralgeschaltete Wahlkampf-Anzeigen ausgegeben haben, betragen die Anzeigenkosten der Unions-Parteien und ihrer Hilfsorganisationen - man muss das zweimal lesen ! - 55,63 Millionen DM. Diese Zahlen findet man in der vom SPD-Vorsitzenden, Bundeskanzler Willy Brandt, unmittelbar nach der Wahl angekündigten "Dokumentation über die Werbekampagnen der CDU/CSU, CDU/CSU-Hilfsorganisationen im Bundestagswahlkampf 1972", die jetzt der Öffentlichkeit vorgelegt worden ist.

Aber nicht nur der enorme Geldaufwand von CDU und CSU und ihrer Hintermänner wird in der Dokumentation detailliert festgehalten. Was noch eindrucksvoller, noch anschaulicher und damit noch erschreckender dokumentiert ist, das sind die gegen SPD geführten Schläge unter die Gürtellinie, die Diffamierungen, Verleumdungen und Wahlkampftricks, mit denen die Unions-Parteien und ihre Helfershelfer den Wahlkampf 1972 gewinnen wollten. Vor allen die zahlreichen Wählerinitiativen und anonymen Bürgeraktionen zur Unterstützung von CDU und CSU, die von Unions-Politikern oder zumindest ihren Gewährsmännern gesteuert wurden und über den CDU-Wirtschaftsrat bis weit in das deutschnational-reaktionäre Lager reichen, hatten die Aufgabe, den schmutzigen Fight führen, den die CDU- und CSU-Prominenz selbst nicht direkt der Öffentlichkeit präsentieren wollte. Diese Gruppierungen hatten allein 34,5 Millionen DM für ihre hemmungslose Schmutz- und Propagandaflut ausgegeben, also 13,5 Millionen DM mehr als die CDU/CSU selbst. Was wäre geworden, wenn es jenen Kapitalkräften

gelungen wäre, diesen massiven finanziellen Einsatz in politische Macht unzusetzen? Wer erinnert sich in diesem Zusammenhang noch an das Wort des CDU-Schatzmeisters Walther Leisler Kiep, der als die wichtigsten Finanziere des CDU-Wahlkampfes die "vielen alten Leute, die nur eine kleine Rente haben", genannt hatte?

Die sozialdemokratische Dokumentation zeigt - ohne vollständig zu sein - in aller Breite die Schundlawine, die vergeblich auf die SPD und ihre Spitzenpolitiker hinabgerollt ist. Sie macht auch deutlich, aus welchen Kreisen der Wirtschaft die Millionensummen in die CDU/CSU-Agitation gepumpt worden sind, um mit Horrorgeschichten über die SPD den Wähler zu verschrecken.

Schon bei der Ankündigung der Dokumentation hatte es gerade in jenen Kreisen, die sich jetzt angesprochen fühlen dürfen, grosses Geschrei gegeben: Die SPD wolle mit der Wahlkampf-Dokumentation einen Rachefeldzug gegen die Großfinanziers von CDU und CSU und deren anonymen Schützenhilfen starten. Dies war und ist nie beabsichtigt gewesen. Der SPD-Parteivorstand hat eine sachbezogene und sachliche Dokumentation vorgelegt, damit sich die breite Öffentlichkeit umfassend und gründlich über Werbe- und Hetzmethoden informieren kann, die einer Demokratie eigentlich unwürdig sein sollten. Der SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Eörner sieht in der Dokumentation einen mahnenden Beitrag dazu, "dass kommende Wahlkämpfe ehrlicher, fairer und informativer geführt werden als dies 1972 geschah".

Das Ansehen der CDU und CSU wird durch die jetzt veröffentlichten Fakten bei vielen ihrer Wähler sicherlich nicht wachsen; und auch weit in die Mitglieder-Reihen der Unions-Parteien hinein dürfte man sich beim Lesen der SPD-Dokumentation an den Kopf fassen und beschämt fragen: Wieso eigentlich haben sich CDU und CSU nie von diesen scheußlichen Auswüchsen offiziell distanziert?

Gode Japs

(-/29.1.1973/mäu/ex)

Nur Schlagworte von gestern

Zur Haltung der Opposition in der Wehrdebatte

Von Werner Buchstaller MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses

Bundeskanzler Willy Brandt hat in seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 ein schlüssiges Konzept für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorgelegt. Dieses Zehn-Punkte-Programm umfasst die Bereiche des Bündnisses, der multilateralen Sicherheitsverhandlungen in Helsinki und in Wien sowie der inneren Reformen für die Bundeswehr.

Die Debattenredner der Opposition haben nun den Versuch unternommen, diesem sicherheitspolitischen Vier-Jahres-Konzept der sozialliberalen Koalition durch unangemessene militärische Bedrohungsvorstellungen den Boden zu entziehen. Der CDU-Politiker Körner z.B. meint, "auf der anderen Seite die Alarmzeichen" für Westeuropa, ein Nachlassen der Verteidigungsbereitschaft im Westen, ein Zurückgehen der Verteidigungslasten und einiges mehr zu sehen. Sicherlich ist das Gebiet der Verteidigungspolitik nicht problemlos, aber mit der blossen Aufzählung von Aufgabenstellungen und mit der Überzeichnung von Art und Ausmass der Probleme wird noch lange keine Lösung eingeleitet.

Ausserdem muss an dieser Stelle vermerkt werden, dass die CDU/CSU über 13 Jahre hinweg die Verteidigungsminister gestellt hat, ohne jemals die militärische Bedrohung durch den Warschauer Pakt dermassen zu dramatisieren wie sie es in den vergangenen drei Jahren und in der letzten Aussprache über die Regierungserklärung getan hat. Der Grund dieser neuen Fehleinschätzung der Opposition liegt in der Verkennung der sich seit 1967 vollzogenen Wandlung des Nordatlantischen Bündnisses. Durch die sogenannte Harmel-Studie nahm die NATO von den Vorstellungen des Kalten Krieges endgültig durch die Erkenntnis Abschied, dass sich die Bemühungen um militärische Verteidigung und politische Entspannung nicht widersprechen, sondern geradezu gegenseitig bedingen und ergänzen.

Das Signal von Reykjavik aus dem Jahre 1968, als die NATO den Staaten des Warschauer Paktes Verhandlungen über ausgewogene, beiderseitige Rüstungs- und Truppenreduzierungen in Mitteleuropa vorgeschlagen hatte, sowie die darauffolgenden Aussagen der Ministerratstagungen der NATO sind als Konsequenz dieses neuen sicherheitspolitischen Konzepts anzusehen. Die letzte Wehrdebatte hat erneut gezeigt, dass die Regeneration der NATO seit 1967, sie also auch zu einem politischen Instrument zu entwickeln, von der Opposition nicht zur Kenntnis genommen wird. Unter Negierung dieser Tatsache bastelt sie dann an eigenen sicherheitspolitischen Konstruktionen, die keinesfalls auf der Grundlage des NATO-Bündnisses gebaut sind.

Wie im äusseren Aspekt unserer Sicherheit konnte die Opposition auch im Bereich der Bundeswehr keine glaubwürdigen oder durchschlagenden Argumente gegen die Aussagen Willy Brandts vorbringen. Wir alle wissen, dass die unter der sozialdemokratisch verantworteten Verteidigungspolitik realisierten oder in Gang gebrachten Reformen der Bundeswehr nun vor allem Zeit, Geduld und kritische Wachsamkeit zur Umgestaltung und zur Konsolidierung brauchen. Daher wird die Bundeswehr zukünftig mehr im Zeichen "innerer Reformen" stehen und unter diesem Aspekt zu betrachten sein.

Gerade zu diesen pragmatischen Gesichtspunkten unserer Verteidigungspolitik hätte die Opposition klar Stellung nehmen können. Stattdessen blieb sie im Stadium von Schlagworten und Bekenntnissen stecken. Interessant ist zu vermerken, dass die Opposition jetzt eine "Einlösung der alten und nicht verwirklichten Versprechen der Weißbücher" verlangt. 1970 wurde dieses sicherheitspolitische Programm in Form des ersten "Weißbuchs" von der Opposition in taktloser und unseriöser Weise als "Verteidigungsweichbuch" bezeichnet. Allem Anschein nach erkennt die Opposition heute diese politischen Grundlagen deutscher Verteidigungspolitik an. Das ist zu begrüßen. Aber sie hinkt wiederum nach, was den - allen Abgeordneten zugänglichen - Informationsstand über die Weißbuch-Massnahmen anlangt: Von insgesamt 159 Massnahmen sind 131 erledigt, drei negativ entschieden worden und nur noch 25 stehen aus. Die Opposition sollte sich also während der VII. Legislaturperiode mit Fragen der Sicherheitspolitik aktiver und ernster auseinandersetzen.

(-/29.1.1973/mäu/ex)

Zur Debatte gestellt: Arzneimittel I

Bericht zur Situation in der Bundesrepublik

Von Dr. med. Eberhard Greiser

Mitglied des Bezirksvorstandes Hannover der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Ärzte und wissenschaftlicher Assistent am Department für Biometrie und medizinische Informatik der Medizinischen Hochschule Hannover

Im Jahre 1961 wurde die Welt durch die Contergan-Katastrophe geschockt; 1968 kam zutage, daß durch ein ungenügend geprüftes Schlankheitsmittel - MENOCIL - wahrscheinlich über tausend Patienten in der Bundesrepublik, in Österreich und in der Schweiz von einer unheilbaren, oft tödlichen Erkrankung der Lungen befallen waren; 1972 schließlich stellte sich heraus, daß ein bei drogensüchtigen Jugendlichen sehr beliebtes rezeptfreies Aufputzmittel - AN 1 - eigentlich nur auf Betäubungsmittelrezepte hätte abgegeben werden dürfen.

Es ist kein Zufall, daß sich alle drei Fälle in der Bundesrepublik abgespielt haben, jeder für sich ein Skandal und ein Symptom für eine Arzneimittelszene, in der die pharmazeutische Industrie sich, durch nahezu keine Einschränkung behindert, entfalten kann, in vielen Fällen allein motiviert durch einen üppigen Profit.

Denn das ist die Lage: Es steht jedem Arzneimittelhersteller frei, ein Arzneimittel nach seinem Belieben zu entwickeln. Nicht etwa das medizinische Bedürfnis nach einer speziellen besseren Therapie, sondern Marktlücken und durch eine geschickte Propaganda geweckte Bedürfnisse bestimmten vielfach die Entwicklung von Arzneimitteln. Jeder kann ohne den Nachweis irgendeiner Qualifikation - selbst Arzt braucht er nicht zu sein! - unbekannte Stoffe an Patienten erproben. Dazu kommt, daß bis vor kurzem nicht einmal die Wirksamkeit eines Medikamentes nachgewiesen sein mußte, wenn es auf den Markt kommen sollte. Nur die Versicherung des Herstellers, sein Präparat sei nach dem neuesten Stand der Wissenschaft geprüft, reichte zusammen mit oft dürftigen Prüfungsunterlagen für eine Registrierung beim Bundesgesundheitsamt aus. Diese Registrierung war bis zum Sommer 1971 lediglich ein formaler Vorgang: die Wissenschaftler des Amtes durften an den Unterlagen keine sachliche Prüfung vornehmen - das formale Vorhandensein hatte zu genügen.

Diese für zivilisierte Industriestaaten einmalige Regelung hat dazu geführt, daß der deutsche Arzt beim Griff nach dem Rezeptblock sich unter mehr als 51.000 verschiedenen Spezialitäten zurechtfinden muß. Haupthilfsmittel bei diesem Suchen ist die sogenannte "Rote Liste", ein von der pharmazeutischen Industrie bisher alle zwei Jahre herausgebrachter dicker Wälzer, der über die einzelnen Präparate nur dürftige und ungeprüfte Informationen brachte und einen Vergleich verschiedener Präparate gleichartiger



Zusammensetzung mit kunstvollen Manipulationen unmöglich machte. Dieser von der Industrie und ihr nahestehenden Wissenschaftlern aus durchsichtigen Gründen als "Arzneimittelschatz" bezeichnete Wust von vielfach wirkungslosen, ja oft gefährlichen Mitteln, hat schon lange die Kritik verantwortungsbewußter Ärzte und Wissenschaftler herausgefordert.

Daß dieser für Patienten wie für Ärzte gleich unbefriedigende Zustand nicht unbedingt Ausfluß eines kapitalistischen Wirtschaftssystems sein muß, zeigen die Verhältnisse in den USA oder in Großbritannien. In beiden Staaten sind die Hersteller spätestens seit der Contergan-Katastrophe verpflichtet, nicht nur die relative Unschädlichkeit, sondern auch die Wirksamkeit ihrer Präparate wissenschaftlich nachzuweisen. Sie sind zu korrekter und vollständiger Information auch über schädliche Wirkungen ihrer Mittel angehalten, und Institutionen, die mit qualifizierten Wissenschaftlern und ausreichenden Kompetenzen zum Eingreifen ausgestattet sind, überwachen Arzneimittelherstellung, -prüfung und -vertrieb. Schließlich wird den auftretenden Nebenwirkungen in beiden Ländern ein besonderes Augenmerk geschenkt. Ihre Erfassung während der Prüfung und nach der Zulassung zum Markt können helfen, Katastrophen wie nach Contergan oder Menocil zumindest nicht zu einem so großen Ausmaß anwachsen zu lassen, wie es bei uns geschehen ist. Abgesehen von der durch rigorose Kontrolle gewährleisteten Arzneimittelsicherheit gibt es in beiden Staaten auch nur eine erheblich kleinere Anzahl von Medikamenten auf dem Markt. Daß dieses nicht zum Schaden der Bevölkerung ist, zeigt das schwedische Beispiel, wo die Ärzte in einem sozialisierten Gesundheitsdienst mit sozialisierten Apotheken und sozialisierter Pharmaindustrie bei weniger als 3.000 verschiedenen Präparaten die besten Gesundheitsstatistiken aller vergleichbaren Industrienationen vorweisen können (Gesundheitsbericht der Bundesregierung 1970).

Da in der Bundesrepublik ein großer Teil der pharmazeutischen Industrie offensichtlich wenig Neigung zeigt, aus den vergangenen Arzneimittelkatastrophen zu lernen und die soziale Verpflichtung des Eigentums auch der Pharmakonzerne zu beachten, kann der unheilvollen Situation, die jederzeit zu neuen Katastrophen führen kann, nur durch den raschen Ausbau eines effektiven Kontrollsystems abgeholfen werden. Das heißt, daß das mit der Registrierung und Überwachung von Arzneimitteln betraute Bundesgesundheitsamt endlich personell und vom Sachverstand so ausgestattet werden muß, daß es ein gleichberechtigter Partner der Pharmaindustrie wird und nicht, wie bisher häufig, ihr Spielball.

Diese Forderung an die Bundesregierung werden die Delegierten der Arbeitsgruppe sozialdemokratischer Ärzte auf ihrem Bundeskongreß, der am 3. und 4. Februar in Freiburg stattfindet, vertreten und außerdem den Antrag stellen, daß ein Bundesausschuß der ASÄ wissenschaftlich an den Beispielen der Länder mit besserer Arzneimittelsicherheit prüfen sollte, ob auf lange Sicht nicht vielleicht eine Sozialisierung der Pharmaindustrie die Probleme zu lösen imstande wäre. (-/29.1.1973/ks/bgy/ex)